

Sitzungs-Datum  
13. Dezember 2024Uhrzeit von-bis  
14:00 Uhr – 16:10 UhrSitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat****SITZUNGSTEILNEHMER**

<b>Sitzungsteilnehmer</b>		<b>Bemerkung / Vertretung</b>
Zenglein, Andreas	1. Bürgermeister	ab 15:00 Uhr
Adams, Ingo	2. Bürgermeister	
Baumann, Jörg	Gemeinderat	bis 16:40 Uhr
Fuchs, Christian	Gemeinderat	online ab 14:12 Uhr
Fuchs, Katja	Gemeinderätin	
Goldhammer, Jürgen	Gemeinderat	ab 14:40 Uhr bis 16:53 Uhr
Großmann, Jürgen	Gemeinderat	
Hein, Kirsten	Gemeinderätin	
Huyer, Ute	Gemeinderätin	
Kempf-Blatt, Dietmar	Gemeinderat	
Konrad, Beate	Gemeinderätin	
Kruschina, Steffen	Gemeinderat	bis 16:30 Uhr
Leiblein, Bodo	Gemeinderat	
Oppenrieder, Bernhard	Gemeinderat	
Rückert, Karin	Gemeinderätin	ab 14:45 Uhr
Stahl, Toni	Gemeinderat	
Stürmer, Andrea	Gemeinderätin	bis 16:00 Uhr

**Abwesend:**

Albert, Michael	Gemeinderat	
Fuchs, Michael	Gemeinderat	
Goymann, Anja	Gemeinderätin	
Heeg, Carola	Gemeinderätin	

<b>Schriftführer</b>		
Silvia Reilung		

<b>Verwaltung</b>		
Müller, Michael		
Reiling, Silvia		
Sauer, Alexander		
Wetteskind, Patrick		



Sitzungs-Datum  
13. Dezember 2024

Uhrzeit von-bis  
14:00 Uhr – 16:10 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

## **TAGESORDNUNG**

### **Nichtöffentlicher Teil:**

<b>1.</b>	<b>Begrüßung</b>
<b>2.</b>	<b>Feststellung der Beschlussfähigkeit</b>
<b>3.</b>	<b>Jahresrechnung 2023; Feststellung und Entlastung nach örtlicher Prüfung</b>
<b>4.</b>	<b>Bauleitplanung der Stadt Aschaffenburg; Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes »Kliniken am Hasenkopf« (Nr. 23/1) Erörterung über seitherige und künftige Auswirkungen der bislang nicht vorhandenen Anbindung des Bebauungsplangebietes über die Berliner Allee an das überregionale Straßennetz (Staatsstraße 2312 in Aschaffenburg) - Beschlussfassung über das weitere Vorgehen</b>
<b>5.</b>	<b>Allgemeines</b>

Sitzungs-Datum  
13. Dezember 2024Uhrzeit von-bis  
14:00 Uhr – 16:10 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

<b>1.</b>	<b>Begrüßung</b>
-----------	------------------

**Sachverhalt:**

**2. Bgm. Ingo Adams** eröffnet in Vertretung von Bgm. Andreas Zenglein die heutige Sitzung des Gemeinderates.

Bgm. Andreas Zenglein nimmt derzeit noch einen anderen Termin wahr und wird gegen 15:00 Uhr erwartet.

**2. Bgm. Ingo Adams** begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und den Gemeinderat im Live-Stream sowie die zahlreichen interessierten Zuhörer.

Herr Rechtsanwalt Kaup und Herr Ammerl vom Büro Obermeier sind heute zu Erläuterungen und Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 4 zur Sitzung erschienen.

<b>2.</b>	<b>Feststellung der Beschlussfähigkeit</b>
-----------	--

**2. Bgm. Ingo Adams** stellt fest, dass aktuell 13 Stimmberechtigte anwesend sind.

**2. Bgm. Ingo Adams** bemerkt, dass bzgl. des Themas Anschaffung eines Ortsbusses noch eine Aussprache erfolgen soll. Daher soll in der n.ö. Tagesordnung eine Ergänzung erfolgen.

**Beschluss:**

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird der TOP 8:

Beratung über die weitere Vorgehensweise „Anschaffung eines Ortsbusses“ eingefügt.

Abstimmungsergebnis:      ja:      13                      nein.      0

<b>3.</b>	<b>Jahresrechnung 2023; Feststellung und Entlastung nach örtlicher Prüfung</b>
-----------	--

**Sachverhalt:**

**2. Bgm. Ingo Adams** verliest den Bericht zur Jahresrechnung 2023.

Mit der Feststellung wird die Rechnungslegung nach der örtlichen Prüfung abgeschlossen und der von der Verwaltung erstellte Entwurf des Jahresabschlusses offiziell zum Jahresabschluss der Gemeinde. Der Gemeinderat kann in der gleichen Sitzung den Jahresabschluss feststellen und über die Entlastung beschließen. Die jeweiligen Beschlüsse müssen aber formal getrennt sein.

Sitzungs-Datum  
13. Dezember 2024Uhrzeit von-bis  
14:00 Uhr – 16:10 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

Bei der Beschlussfassung über die Entlastung ist der Bürgermeister persönlich beteiligt (Art. 49 GO) und darf deshalb nicht mit abstimmen. Weiterhin ist noch ein Beschluss über die Verwendung des Jahresergebnisses zu fassen.

Der Jahresabschluss 2023 wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss örtlich geprüft.

Intensiv geprüft und beraten wurden insbesondere die Bereiche Kosten für den Schriftzug „Hawisch“, die Ausgaben für die Herstellung der zusätzlichen Betreuung für die „Verlängerte Mittagsbetreuung“ in der Grundschule Grünmorsbach, Gebühren für die gemeindlichen Gebäude und die Höhe der Pachtverträge von der Gemeinde Haibach an Bürgerinnen und Bürger.

Besondere Prüfungsfeststellungen haben sich nicht ergeben.

Der Jahresabschluss 2023 wird deshalb nach Art. 102 Abs. 3 GO festgestellt.

Die Ergebnisrechnung weist folgende Zahlen aus:

Ordentliche Erträge	19.704.550,06 €
Ordentliche Aufwendungen	20.462.115,59 €
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-757.565,53 €
Finanzergebnis	127.449,94 €
Ordentliches Jahresergebnis	-630.115,59 €
Außerordentliches Ergebnis	-71.946,10 €
Jahresergebnis	-702.061,69 €

In der Finanzrechnung ergeben sich folgende Zahlen:

Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	19.476.391,24 €
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	17.084.807,55 €
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.391.583,69 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	953.808,80 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.693.453,03 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.739.644,23 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-24.800 €
Änderungen des Bestandes an Finanzmitteln	-372.860,54 €

Die Bilanzsumme zum 31.12.2023 beträgt 75.340.681,01 € und ist somit 204.785,09 € höher als die Summe der Schlussbilanz zum 31.12.2022.

Sitzungs-Datum  
13. Dezember 2024Uhrzeit von-bis  
14:00 Uhr – 16:10 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

Das Anlagevermögen erhöhte sich um 918.120,14 € und das Umlaufvermögen verringerte sich um 831.399,35 €. Bei der Position „Aktive Rechnungsabgrenzung“ ist ein Plus von 118.064,30 € zu verzeichnen.

Die Veränderungen auf der Passivseite sehen wie folgt aus:

Eigenkapital	-702.061,69 €
Sonderposten	-75.112,92 €
Rückstellungen	+419.452,64 €
Verbindlichkeiten	+554.456,08 €
Passive Rechnungsabgrenzung	+8.050,90 €
<b>Summe</b>	<b>+204.785,09 €</b>

Stellungnahme Vorsitzender Rechnungsprüfungsausschuss, **GR Jürgen Goldhammer**

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat sich in 2024 zu 6 Sitzungen getroffen, an denen u. a. die von Herr Wetteskind vorgelegte Jahresrechnung 2023 geprüft wurde. Gerne möchte ich seine Ausführungen um einige Informationen ergänzen.

Neben der detaillierten Bilanzanalyse, der Belegprüfung haben wir wieder einige Kostenträger und „Hotspots“ im Detail angesehen und bearbeitet.

Als Resümee konnten wir feststellen, dass

- bei langfristig geplanten Maßnahmen (Straßenbau, Anschaffungen...) in der Regel der gesetzte Kostenrahmen und die Budgets eingehalten werden. Auftretende Mehrungen hielten sich im Rahmen und konnten nachgewiesen und begründet werden.
- bei geplanten Maßnahmen (z.B. Modernisierung von Spielplätzen), die mit einem großen Eigenanteil geplant und umgesetzt wurden, konnte der Kostenrahmen weitestgehend eingehalten werden. Leider wird der geplante Umsetzungszeitraum bei diesen Projekten durch verschiedenste Adhoc-Einsätze (z.B. Wasserrohrbruch...) erheblich überschritten, was sich natürlich auch auf der Kostenseite niederschlägt.
- Auch wurden in 2023 zwei kurzfristig anberaumte Maßnahmen durchgeführt, die neben den anfallenden Kosten auch erhebliche Ressourcen an Arbeitszeit banden. Dies waren:
  - Mittagsbetreuung für die Schule in Grünmorsbach. Kosten Ca. 43T€, bei ca. 35T€ interne Verrechnungen (=Lohnkosten) entspricht das bei einem Std-Satz v. 50€ ca. 700h Arbeitszeit (etwa 4MA/4Wo)
  - Am Dreieck, Schriftzug „HAWISCH“ hat 312h Arbeitszeit gebunden und schlägt mit 21.207,00 € zu Buche.



Sitzungs-Datum  
13. Dezember 2024

Uhrzeit von-bis  
14:00 Uhr – 16:10 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

Viel Zeit investierten wir in die neue Gebührenordnung für die Nutzung gemeindlicher Einrichtungen. Sie ist inzwischen beschlossen und wird umgesetzt. Im Einzelfall gibt/gab es sicher das eine oder andere Ärgernis dazu. Über die komplette Gebührenordnung haben wir dennoch ein gerechtes und moderat angepasstes Gebührensystem entwickelt, das für die Zukunft Planungssicherheit für alle Vereine und Nutzer gibt.

Empfehlung: Projekte und Maßnahmen mittel LV an Externe vergeben. Unsere Mitarbeiter als „Schnittstellenkoordinatoren“ und „Controller“ einsetzen. Vorteil: Kostenrahmen und zeitliche Abwicklung wird eingehalten, Ressourcen für die Hauptaufgaben bleiben frei.

Folgende Aufgabenschwerpunkte haben wir uns für 2025 vorgenommen: Einheitliche Regelung für Pachtflächen, Wartungsverträge, Abwassergebühr „AVG“...

Herzlichen Dank an meine Mitstreiter des RPA – Bodo Leiblein, Toni Stahl und Michael Fuchs für die herausragende Zusammenarbeit und das Engagement bei unseren Prüfungen. Eure wertvollen Beiträge sind von unschätzbarem Wert für die Integrität und Transparenz unserer Finanzen.

Ein besonderer Dank gebührt auch Herrn Wenzel für seinen unermüdlichen Einsatz und seine langjährige Unterstützung bis zu seinem Ruhestand und nicht zuletzt möchte ich unserem neuen Kämmerer, Herrn Wetteskind, meinen Dank aussprechen. Das hat sich bisher sehr gut angelassen, ich freue mich auf eine weiterhin erfolgreiche Zusammenarbeit und bin überzeugt, dass Ihre Expertise und Ihr frischer Blick unsere finanzielle Verwaltung bereichern wird.

GR Christian Fuchs ist ab 14:12 Uhr und GR Jürgen Goldhammer ab 14:40 Uhr anwesend

### **Beschluss**

Gemäß Art. 102 Abs. 3 GO wird der Jahresabschluss 2023 in der vorgelegten Form festgestellt.

### **Abstimmungsergebnis:**

**ja: 15      nein: 0**

Abstimmungsbemerkung: Bgm. Andreas Zenglein wurde durch 2. Bgm. Ingo Adams vertreten.

### **Beschluss**

Der Gemeinderat stimmt der Entlastung des Jahresabschlusses 2023 gem. Art. 102 Abs. 3 GO zu.

### **Abstimmungsergebnis:**

**ja: 15      nein: 0**

Abstimmungsbemerkung: Bgm. Andreas Zenglein wurde durch 2. Bgm. Ingo Adams vertreten.



Sitzungs-Datum  
13. Dezember 2024

Uhrzeit von-bis  
14:00 Uhr – 16:10 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

**Beschluss**

Das Jahresdefizit 2023 in Höhe von 702.061,69 € wird aus der Ergebnismrücklage abgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

**ja: 15      nein: 0**

Abstimmungsbemerkung: Bgm. Andreas Zenglein wurde durch 2. Bgm. Ingo Adams vertreten.

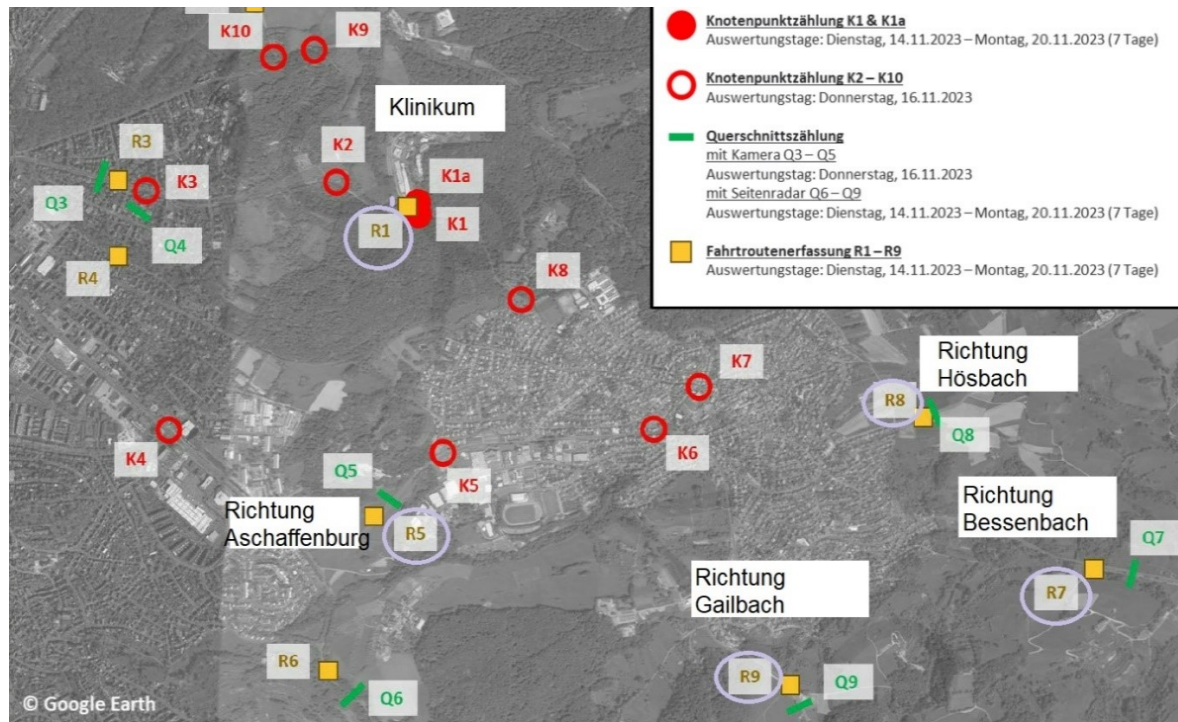
<b>4.</b>	<b>Bauleitplanung der Stadt Aschaffenburg; Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes »Kliniken am Hasenkopf« (Nr. 23/1) Erörterung über seitherige und künftige Auswirkungen der bislang nicht vorhandenen Anbindung des Bebauungsplangebietes über die Berliner Allee an das überregionale Straßennetz (Staatsstraße 2312 in Aschaffenburg) - Beschlussfassung über das weitere Vorgehen</b>
-----------	--

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind anwesend:

Rechtsanwalt Kaup, Aschaffenburg und Herr Ammerl vom Büro Obermeyer, München.

**Sachverhalt:**

**Hinweis:**

Sitzungs-Datum  
13. Dezember 2024Uhrzeit von-bis  
14:00 Uhr – 16:10 UhrSitzungs-ort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

Das Büro Obermeyer teilt am 03. Dezember 2024 auf Nachfrage per E-Mail wie folgt mit:

»hier die Summen der Durchgangs- und gebrochenen Durchgangsverkehre zwischen den Erfassungsstellen R5, R7, R8, R9 und dem Klinikum R1. Die Matrix ist so zu lesen das in der vertikalen Zeile der Startpunkt notiert ist und in der horizontalen Zeile das Ziel (z.B. fahren 163 Kfz vom Klinikum zur Erfassungsstelle R5). **Die dargestellten Zahlen zeigen die durchschnittliche Anzahl an Kfz-Fahrten pro Tag**, berechnet als Durchschnitt über den Erhebungszeitraum von einer Woche.

Verkehre zwischen dem R1 ↔ R5, R7, R8, R9 (Durchgangsverkehre und gebrochene Durchgangsverkehre)						Richtung*)
nach	von	R1 Klinikum	Richtung R5 *) Aschaffenburg	Richtung R7 *) Bessenbach	Richtung R8 *) Hösbach	Gailbach R9 *) Dörmorsbach
*) Klinikum	R1	0	163	150	26	22
*) Richtung Aschaffenburg	R5	132				
*) Richtung Bessenbach	R7	80				
*) Richtung Hösbach	R8	13				
*) Richtung Gailbach / Dörmorsbach	R9	26				

\*) Richtungsangabe ergänzt durch Gemeinde Haibach / Verwaltung





Sitzungs-Datum  
13. Dezember 2024

Uhrzeit von-bis  
14:00 Uhr – 16:10 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

Noch ein ergänzender Hinweis: Es ist davon auszugehen, dass die Fahrzeuge zwischen der Klinik und den Erfassungsstellen über den Knotenpunkt K8 gefahren sind, aber 100 % nachweisen können wir das mit der Fahrtroutenerfassung nicht, da am K8 kein Fahrtroutenerfassungsgerät stand und somit auch theoretisch Umwege gefahren worden sein könnten.«

**Erläuterungen:**

Auf die Niederschriften der Sitzungen des Bau-, Grundstücks- und Umweltausschusses vom

13. September 2023, Punkt 5.1,  
18. Oktober 2023, Punkt 8.1 NÖ,  
23. Oktober 2024, Punkt 11 NÖ,

sowie des Gemeinderats vom

20. September 2023, Punkt 11,  
27. September 2023, Punkt 7 NÖ,  
11. Oktober 2023, Punkt 10.1 NÖ,  
24. Januar 2024, Punkt 3 NÖ,  
06. März 2024, Punkt 6,  
17. April 2024, Punkt 5,  
11. September 2024, TOP 15 NÖ,  
11. September 2024, TOP 16 NÖ,  
06. November 2024, Punkt 14

wird verwiesen.

Die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans »Kliniken am Hasenkopf« (B-Plan 23/1 - Änderung 2) der Stadt Aschaffenburg wurde von dort am 28. März 2024 amtlich bekanntgemacht und ist damit in Kraft getreten.



Sitzungs-Datum  
13. Dezember 2024

Uhrzeit von-bis  
14:00 Uhr – 16:10 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

**Die Gemeinde Haibach hatte unter anderem, im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung zum Bebauungsplanverfahren, der Stadt Aschaffenburg mit Schreiben vom 26. Juli 2021 wie folgt mitgeteilt:**

»[...] Die Gemeinde Haibach sieht durchaus die Notwendigkeit, die Kliniken am Hasenkopf zukunftsfähig zu erweitern. Jedoch darf Haibach nicht weiter allein mit dem Zufahrtsverkehr aus dem Osten und Süden belastet werden, sondern die Stadt Aschaffenburg muss auch ihren Beitrag durch den Ausbau der Berliner Allee erbringen.

Diese Strecke würde dann auch nicht durch ein im letzten Jahrhundert gewachsenes Haibacher Wohngebiet führen, sondern durch ein wesentlich kleineres Wohngebiet, das entlang der Berliner Allee und angrenzend an ein Gewerbegebiet entstanden ist, wodurch deutlich weniger Anwohner betroffen wären.

Von Seiten der Stadt Aschaffenburg darf nicht weiterhin ignoriert werden, dass die Gemeinde Haibach ungewollt als Zubringer zum Klinikum dient. Obwohl bereits seit 1999 der Bebauungsplan »Berliner Allee« in Kraft getreten ist und Baurecht für diese Erschließung zum Klinikum besteht.

Im Rahmen des ISEK wird für Haibach ein Verkehrskonzept erstellt. In diesem Konzept soll auch der Verkehrsstrom zum Klinikum untersucht werden. Aus Konsequenzen aus dieser Untersuchung sollen Möglichkeiten gefunden werden, die Ortsstraßen Haibachs massiv vom Durchgangsverkehr zu entlasten bzw. diesen komplett zu unterbinden. Die aktuell als Hauptachse / Zubringer zum Klinikum genutzte Eckener- und Büchelbergstraße werden in ihrer jetzigen Funktion gegebenenfalls mittelfristig, so wie bisher, nicht mehr zur Verfügung stehen.

Der Ausbau der Berliner Allee ist ein dringendes Anliegen der Gemeinde Haibach, da die derzeitige Erschließung des größten Klinikums in der Region völlig unzureichend ist.

Haibachs bereits jetzt dicht befahrene Straßen werden den durch die geplante Klinikerweiterung zunehmenden Verkehr nicht mehr fassen können und auch im Stadtgebiet Aschaffenburg sieht es, wie oben dargelegt, nicht anders aus. Somit ist der Ausbau der Berliner Allee nicht nur im Interesse der Haibacher Bevölkerung, sondern auch vieler Arbeitnehmer, Besucher und vor allem im Sinne der Patienten. [...]«



Sitzungs-Datum  
13. Dezember 2024

Uhrzeit von-bis  
14:00 Uhr – 16:10 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

Seitens der Gemeinde Haibach wird beklagt, dass Fahrzeuge aus den Richtungen, Bessenbach, Hösbach, Aschaffenburg und Gailbach (bzw. umgekehrt) das gemeindliche Wohngebiet rund um die Büchelbergstraße als Abkürzung zum / vom Klinikum nutzen, da die Verbindungsachse zum überregionalen Straßennetz (Aschaffenburg - Berliner Allee – Klinikum und umgekehrt) bislang nicht gebaut ist.

Nach Auffassung der Gemeinde Haibach hat es die Stadt Aschaffenburg in diesem Verfahren bislang versäumt

- eine weiträumige und qualifizierte Betrachtung der Erschließung des Bebauungsplangebietes »Kliniken am Hasenkopf«,
- bezogen auf die Aschaffener Stadtteile Schweinheim und Gailbach sowie u. a. für die Gemeinden Leidersbach und Sulzbach mit dem Ortsteil Soden und den Spessartgemeinden wie Bessenbach, Mespelbrunn, Heimbuchenthal, Dammbach, Eschau und der Gemeinde Haibach vorzunehmen.

Nach hiesiger Auffassung ist eine solche Bewertung zwingend erforderlich, um abzuwägen,

- ob die in Aschaffenburg bislang nicht gebaute Erschließungsstraße »Berliner Allee«,
- wie diese im Aschaffener Bebauungsplan »für den Bau der Berliner Allee
- zwischen Bessenbacher Weg und Ludwigsallee -B-Plan 3/18« dargestellt ist,

zur Erschließung der »Kliniken am Hasenkopf« erforderlich ist und gebaut werden muss.

Mit Schreiben vom 23. Oktober 2023 hat die Gemeinde Haibach selbst vertiefende Verkehrsuntersuchungen zum Bebauungsplan »Kliniken am Hasenkopf« beim Büro Obermeyer Infrastruktur GmbH & Co. KG, München, in Auftrag gegeben.

Mit der Vertretung der gemeindlichen Interessen wurde Herr Rechtsanwalt Wolfgang Kaup, Aschaffenburg, beauftragt.

Die ersten Ergebnisse der Verkehrsuntersuchungen wurden am 17. April 2024 unter Punkt 5 vom Büro Obermeyer dem Gemeinderat bekannt gegeben.

Mit Schreiben vom 04. Juni 2024 wurden, in Abstimmung mit dem von der Gemeinde beauftragten Rechtsanwalt Kaup und Gemeinderatsmitgliedern, Fragen an das Büro Obermeyer übersandt.



Sitzungs-Datum  
13. Dezember 2024

Uhrzeit von-bis  
14:00 Uhr – 16:10 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

Mit Schreiben vom 19. August 2024 hat das Büro Obermeyer diese Fragen beantwortet und die Thematik am 20. August 2024 mit Herrn Rechtsanwalt Kaup und Gemeinderatsmitgliedern erörtert.

Am 21. August 2024 wurde dem Büro Obermeyer ein Ergebnisprotokoll über die Erörterung vom 20. August 2024, mit der Bitte um Bearbeitung bzw. Vorlage eines Nachtragsangebots, übersandt.

Das Nachtragsangebot ist am 21. Oktober 2024 eingegangen und wurde am 22. Oktober 2024 mit der Bitte um Prüfung an Herrn Rechtsanwalt Kaup übersandt.

Der Bau-, Grundstücks- und Umweltausschusses hat in seiner Sitzung am 23. Oktober 2024 unter Punkt 11 NÖ, vorbehaltlich der Zustimmung durch Herrn Rechtsanwalt Kaup, die Verwaltung ermächtigt, den Auftrag zum Nachtragsangebot zu erteilen.

Am 04. November 2024 erfolgte, entsprechend dem Angebot vom 21. Oktober 2024, reduziert um die angebotenen Ausarbeitungen zur Frage 9, die Auftragserteilung.

Am 25. November 2024 / ergänzt am 28. November 2024 wurde der überarbeitete Vorabzug der Textfassung der Verkehrsuntersuchungen vorgelegt. **Dieser Vorabzug liegt als Anlage diesen Erläuterungen bei.**

**Das Büro Obermeyer teilte hierzu wie folgt mit:**

# Beginn der Mitteilung:

(...)



Sitzungs-Datum  
13. Dezember 2024

Uhrzeit von-bis  
14:00 Uhr – 16:10 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

Vorgestern hat sich auch das Klinikum Aschaffenburg-Alzenau mit einer Antwort bzgl. der Prognose 2035 bei mir gemeldet. Leider haben wir keine weiteren Planungen über 2030 hinaus oder weitere Angaben zur Nutzung der zukünftig möglichen fast doppelt so hohen Grundflächenzahl erhalten. Dazu werde ich versuchen noch eine Antwort zu erhalten. Was wir bekommen haben, ist sind aktualisierte Behandlungszahlen / Belegungszahlen (Analyse 2023 und Prognose 2030) gegenüber der bisher im Gutachten angesetzten Werte (ursprüngliche Annahmen als Anhang mitgeschickte Tabelle). Die nun übermittelten Änderungen können Sie der untenstehenden Tabelle entnehmen.

Folgendes würde sich ändern:

- Behandlungen / Jahr
- Kfz-Fahrten / 24h (Mo – Fr)
- Durchschnittlich belegte Betten (Mo – Fr)

	2015 (alt)	2023 (neu)	Differenz Analyse	2030 (alt)	2030 (neu)	Differenz Prognose
Ambulante Behandlungen	ca. 76.000 / 462	ca. 76.000 / 462	0 / 0	ca. 85.400 / 519	ca. 90.000 / 547	ca. 4.600 / 28
(Teil-) Stationäre Behandlungen	ca. 33.000 / 211	ca. 33.428 / 214	ca. 428 / 3	ca. 39.500 / 253	ca. 36.000 / 214	ca. -3.500 / -39
Besucher (stationäre Behandlungen)	716 / 1.089	710 / 1.080	-6 / -9	858 / 1.303	762 / 1.158	96 / 145

Das gesamte durch das Klinikum entstehende Verkehrsaufkommen würde sich durch die Anpassung der Punkte 3., 4. und 5. in der angehängten Tabelle entsprechend den aktualisierten Angaben des Klinikums folgendermaßen verändern:

- „alt“: 2015: 5.971 Kfz-Fahrten / 24h → 2030: 6.382 Kfz-Fahrten / 24h → Zusätzliches Klinikumverkehrsaufkommen (2030 – 2015) von 411 Kfz-Fahrten / 24h
- „neu“: 2023: 5.965 Kfz-Fahrten / 24h → 2030: 6.238 Kfz-Fahrten / 24h → Zusätzliches Klinikumverkehrsaufkommen (2030 – 2023) von 273 Kfz-Fahrten / 24h

Durch die erhaltene Prognose bis 2030 müssten wir also rund 100 Kfz-Fahrten / 24h weniger als zusätzliches Verkehrsaufkommen in den Modellrechnungen ansetzen als bisher. Auf das gesamte Klinikverkehrsaufkommen (7.400 Kfz-Fahrten / 24h) bezogen entsprechen die ca. 100 Kfz-Fahrten / 24h nur etwa 1 % des Verkehrsaufkommens. Das bedeutet, dass falls wir keine weiteren Anhaltspunkte zur Prognose über das Jahr 2030 hinaus vom Klinikum zur Verfügung gestellt bekommen, sich die Gesamtaussage des Gutachtens vorerst nicht ändert.

Ende der Mitteilung #

**Herr Rechtsanwalt Kaup teilt per E-Mail am 02. Dezember 2024 wie folgt mit:**

**»(...) Zur überarbeiteten Verkehrsuntersuchung Obermeyer mit Stand vom 28.11.2024 merken wir vorab wie folgt an:**

Laut Aufgabenstellung ist zu überprüfen, ob die Verkehrsprognose des Stadtplanungsamtes von 2022 auf der Grundlage der Verkehrsgutachten von 2015 und der Machbarkeitsstudie von 2018 methodisch zutreffend erstellt worden ist und die festgestellte Entlastung der Gemeinde Haibach im Fall einer Verlängerung der Berliner Allee von weniger als 100 Kfz-Fahrten / 24 Stunden zutreffend ist. **Klarzustellen wäre hier noch**, dass von der Gemeinde Haibach der Auftrag vorliegt, die Verkehrsprognose der Stadt durch eine Verkehrsuntersuchung zu überprüfen, die weiträumiger ist und über das Jahr 2030 hinaus geht.

Das Verkehrsentwicklungskonzept Haibach von 2022 kann der Verkehrsuntersuchung nur zugrunde gelegt werden, soweit die sich daraus ergebenden Verkehrsberuhigungsmaßnahmen **Gegenstand der Einwendungen** zum Bebauungsplan waren. Dies wäre von der Gemeinde noch herauszuarbeiten.

Als Zwischenfazit wird festgestellt, dass die Verkehrszählungen von 2023 von den Verkehrserhebungen der Stadt nicht abweichen. **Hier wäre noch festzustellen**, dass die Untersuchungsmethode des Stadtplanungsamtes für die Prognose von 2022 dem Stand der Technik entspricht und sich die weitere Überprüfung auf die Eingangsdaten unter Berücksichtigung der Verkehrsuntersuchung Haibach OINF konzentriert.

**Im Schlussfazit wäre noch festzustellen**, welche Abweichungen in Bezug auf das Entlastungs-/Verlagerungspotential sich gegenüber der Verkehrsprognose der Stadt von 2022 ergeben



Sitzungs-Datum  
13. Dezember 2024

Uhrzeit von-bis  
14:00 Uhr – 16:10 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

- in zeitlicher Hinsicht, wenn die Verdopplung der überbaubaren Grundstücksfläche von 5,8 ha auf 12,4 ha über das Jahr 2030 zugrunde gelegt wird (auch wenn von der Stadt dazu noch keine Planungen vorliegen);
- in räumlicher Hinsicht, wenn das gemeindliche Verkehrsentwicklungskonzept von 2022 zugrunde gelegt wird. Das Ergebnis ist jeweils in Zahlen festzustellen.

**Der Schwerpunkt der Verkehrsuntersuchung Obermeyer müsste noch verlagert werden** auf die Prognose über 2030 hinaus und die Berücksichtigung des Verkehrsentwicklungskonzeptes Haibach.

**Näher zu erläutern** wäre auch noch die Annahme der Verkehrsuntersuchung, dass das Verlagerungspotential identisch sein soll mit allen ermittelten Durchgangsverkehren durch das Gemeindegebiet Haibach. Diese Annahme dürfte einer Überprüfung nicht standhalten und hätte jedenfalls von einer Verkehrsprognose der Stadt nicht erwartet werden können.

Bei der Überarbeitung der Verkehrsuntersuchung geht es somit nicht um bloße Formulierungen, **sondern um eine zielführende Gliederung und Darstellung**, die durch Inhaltsverzeichnis und Zwischenüberschriften zu verdeutlichen wären.«

Es wird bekannt gegeben, dass der Gemeinde von der gemeindlichen Rechtsschutzversicherung mit Schreiben vom 26. September 2024

- Kostenschutz zur Durchführung eines Normenkontrollverfahrens gegen den Bebauungsplan

erteilt worden ist.

Ob eine Klage erhoben wird, soll in der Gemeinderatssitzung am 13. Dezember 2024 entschieden werden.

**Herr Ammerl** informiert mittels PP-Präsentation über den aktuellen Stand und die bisherigen Ergebnisse aus den Verkehrsaufzeichnungen. Seit April 2024 haben sich keine wesentlichen Änderungen hierzu ergeben.

Er führt aus, dass eine Erhöhung der Entlastungswirkung vorrangig durch, z.B. die Schaffung einer Tempo-20-Zone und verkehrsberuhigenden Maßnahmen möglich wären.

Es ist zudem auch möglich, dass sich ggf. durch Änderungen im Baurecht zukünftig „Türen öffnen“.

**2. Bgm. Ingo Adams** bemerkt, dass in den Ausführungen Wichtiges betont und hervorgehoben wurde.



Sitzungs-Datum  
13. Dezember 2024

Uhrzeit von-bis  
14:00 Uhr – 16:10 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

**GR Bernd Oppenrieder** spricht sich für eine generelle Entlastung von Haibach aus. Er fragt sich jedoch, wie die Plausibilität der Zahlen bezüglich der Entwicklung des Verkehrs in Haibach zu sehen ist. Es wurden am Klinikum zwei Parkgaragen erweitert und es sind eindeutig mehr Fahrzeuge dazu gekommen. Dann ist für ihn der Widerstand der Anlieger aus der Büchelbergstraße erheblich. Nach seiner Ansicht sollte Tempo 20, eine Busspur und auch versetztes Parken geprüft werden.

**Herr Ammerl** antwortet hierzu, dass das Potential um 100 reduziert wurde, was jedoch nicht so viel Verkehr verlagert. Die aufgezeichneten Fahrten fanden statt, die Messdauer war 24 Stunden. Diese Zahlen werden nun angezweifelt.

*Bgm. Andreas Zenglein ist ab 15:00 Uhr anwesend.*

**GR Bernd Oppenrieder** möchte wissen, wie der Wert „100“ zustande kommt.

**Bgm. Andreas Zenglein** bemerkt, dass die Zahlen in ein Verkehrsmodell eingepflegt und dort die Berechnungen erfolgten. Es handelt sich um eine reine Modellrechnung.

**GR Jörg Baumann** ist der Ansicht, wenn durch die Stadt Aschaffenburg die Berliner Allee mit Zone 20 ausgelegt wird, werden wir mit unseren eigenen Waffen geschlagen.

**Herr Ammerl** erklärt, dass dort jetzt eine Fahrradstraße mit Tempo 30 angelegt ist.

**GR Toni Stahl** sieht die vorgelegten Zahlen als passend an. Jedoch ist der Blick in die „Glaskugel“ eher unrealistisch. Es soll eine Reduzierung bis 2030 kommen, jedoch wird am Klinikum ständig gebaut. Wer hat die Prognose erstellt, woher kommen die Zahlen?

**Herr Ammerl** antwortet, dass die Prognose vom Klinikum geliefert wurde, dies sind die einzigen Zahlen, die man erhalten hat.

**GR`in Beate Konrad** fragt, ob in der Büchelbergstraße die Einrichtung einer Fahrradstraße möglich ist.

**Herr Ammerl** sieht ein hohes Aufkommen mit 6.500 Fahrzeugen. Nach seiner Auffassung ist auch hier ein Radwegekonzept erforderlich. Es spricht nichts dagegen, wenn die Breite zum Überholen der Fahrräder ausreichend ist.

**Rechtsanwalt Kaup** sieht die Umsetzung der Fahrradstraße in der Berliner Allee als erste Maßnahme des Bebauungsplanes vom 28.03.2024.

Festzustellen ist jedoch, dass der Bebauungsplan aus dem Jahr 1999 bis heute gültig ist. Der alte B-Plan wurde faktisch außer Betrieb gesetzt. 1984 wurde der 1. Bebauungsplan aufgestellt, 1989 wurde dieser neu aufgestellt wegen des Klinikums. Dort haben Anwohner ein Normenkontrollverfahren durchgeführt, das bis 2006 gedauert hat. Er sieht den Bruch mit der Planung als „dubios“ an. Es wäre erforderlich, den Bebauungsplan aus dem Jahr 1989 für die Planungen zugrunde zu legen.

Dies sieht er als Ansatz für eine Normenkontrollklage. Die Prognose der Stadt Aschaffenburg ist ähnlich einem Verkehrsgutachten zu sehen. Die Verkehrsplanung dient der





Sitzungs-Datum  
13. Dezember 2024

Uhrzeit von-bis  
14:00 Uhr – 16:10 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

Verkehrsberuhigung der Stadt Aschaffenburg. Sie hat sich aber nicht damit auseinandergesetzt. Die B-Pläne wurden nicht mit der Gemeinde abgestimmt.

Eine Entlastung ist nicht möglich, wenn die Berliner Allee nicht gebaut wird. Dies betrifft hauptsächlich die Gemeinde Haibach.

**Rechtsanwalt Kaup** sieht somit die Normenkontrollklage als angebracht. Der Bebauungsplan aus 1999 mit dem Ausbau der Berliner Allee wird als Planziel empfohlen. Die Klage ist bis zum 28.03.2025 zu veranlassen. Eine Zusage bezüglich Rechtsschutzes liegt bereits vor.

**GR Jürgen Großmann** möchte wissen, ob entsprechende Beschlüsse zu fassen sind.

**Rechtsanwalt Kaup** schlägt vor, nur die auch umsetzbaren Beschlüsse zu fassen. Das begonnene ISEK z.B. sollte weiterverfolgt werden.

**GR Andrea Stürmer** möchte nochmals wissen, ob es in dieser Klage nur um den Ausbau der Berliner Allee geht. Weiteres wird damit nicht angefochten? Die Planungen zum Klinikum werden nicht behindert.

**Rechtsanwalt Kaup** erklärt, dass es hier um eigenes Recht der Gemeinde Haibach geht. Der B-Plan der Stadt Aschaffenburg wird nicht eingehalten. Das Klinikum ist nachteilig für Haibach. Streitig ist die Erschließung, zumal das Klinikum ein Zentrum werden soll und weiterwachsen wird.

**GR Bernd Oppenrieder** stellt nochmals fest, dass die Gemeinde Haibach keine Einwände gegen die Erweiterungen des Klinikums hat, aber gegen die vorgesehene verkehrsrechtliche Erschließung. Die Gemeinde sollte nun zügig dran gehen, entsprechende Beruhigungsschritte in der Büchelbergstraße anzugehen.

**GR Steffen Kruschina** fragt, wie es sich verhält, wenn das Klinikum nichts mehr erweitert.

**RA Kaup** ist der Ansicht, dass es nicht zu erzwingen ist, die Berliner Allee auszubauen.

**GR Steffen Kruschina** findet es unstrittig, dass die Gemeinde diesen Weg gehen wird. Wenn dies die einzige Möglichkeit für den Ausbau der Berliner Allee ist. Gesprächsangebote seitens der Gemeinde an die Stadt Aschaffenburg wurden nicht angenommen.

**RA Kaup** betont: Wenn Haibach jetzt nicht aktiv wird, gibt es keine Chance mehr.

**GR Jürgen Goldhammer** fragt, wie lange das Verfahren dauern wird.

**RA Kaup** sieht dies in einem Zeitfenster von 2-4 Jahren. Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung, jedoch wird die Stadt Aschaffenburg das Verfahren berücksichtigen. Entsprechende Forderungen sollten an die Stadt Aschaffenburg gestellt werden. Er sieht die Klage als Druckwirkung gegen die Stadt Aschaffenburg. Das Urteil aus München ist rechtsverbindlich.





Sitzungs-Datum  
13. Dezember 2024

Uhrzeit von-bis  
14:00 Uhr – 16:10 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

**Beschluss**

Die von Herrn Rechtsanwalt Kaup per E-Mail am 02. Dezember 2024 formulierten Vorgaben sind in die Textfassung der Verkehrsuntersuchungen einzuarbeiten.

Es wird beschlossen, beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München eine Normenkontrollklage einzureichen, um über die Gültigkeit des Bebauungsplans »Kliniken am Hasenkopf« (B-Plan 23/1 - Änderung 2) entscheiden zu lassen.

**Abstimmungsergebnis:**

**ja: 16      nein: 0**

Abstimmungsbemerkung: Bgm. Andreas Zenglein war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht der Sitzungsleiter und hat daher nicht an der Abstimmung teilgenommen.

<b>5.</b>	<b>Allgemeines</b>
-----------	--------------------

**Sachverhalt:**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

Hiernach schließt Erster Bürgermeister Andreas Zenglein den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am 15.01.2024                      genehmigt.

---

Andreas Zenglein  
Erster Bürgermeister

---

Silvia Reiling  
Verwaltungsangestellte